

Milch und Brot

G.K. Als um die Jahreswende der Plan der Bauern, die Milch, das einzige noch zu erschwinglichen Preisen erhältliche Nahrungsmittel, um 25 Prozent im Preise zu steigern, ruchbar wurde, erhob sich allenthalben ein Sturm der Entrüstung. Der Städteverband und die zentrale Notstandskommission der Arbeiterschaft protestierten in wohlbegründeten Eingaben an den Bundesrat gegen die Milchverteuerung. Die Arbeiterunions der verschiedenen Orte veranstalteten Demonstrationsversammlungen und fassten entsprechende Resolutionen. Die Bauern steuerten trotz alledem unbeirrt ihrem Ziele zu. Sie wandten dabei alle die Mittel an, über die sich die bürgerliche Welt entrüstet, wenn die Arbeiter das gleiche tun. Wir erlebten eine grosse Milchnot. Die Kühe verbündeten sich offenbar mit den Bauern und gaben konsequent weniger Milch, bis die Forderungen der Bauern restlos bewilligt waren. Der Bundesrat gab nach, und siehe da - seit dem 1. Mai fliessen die Milchbäche so reichlich wie je. Sie fliessen trotz der Futterknappheit, die am 1. Mai sicher noch so gross war wie am 30. April.

Was haben nun alle Proteste der Konsumenten genutzt? Der Bund hat sich dazu verstanden, den Minderbemittelten oder, wie es jetzt heisst, „Familien mit kleinem Einkommen“, die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Milchpreis im Verein mit den Kantonen zu bezahlen. Die Grenze der Bezugsberechtigten liegt allerdings weit unten, trotzdem man davon sprach, den Kreis der Bezugsberechtigten für Monopolarartikel allgemein zu erweitern. Es sind drei Kategorien vorgesehen, je nach dem Wohnort: Stadt, Landgemeinde oder Dorf. Einzelpersonen sind bezugsberechtigt in Kategorie 1 mit 100, in Kategorie 2 mit 90 und in Kategorie 3 mit 75 Fr. Einkommen im Monat, Familien mit 2 Köpfen in Kategorie 1 mit 150, in der 2. mit 130 in der 3. mit 125 Franken. Jede weitere Person erhöht den Ansatz um 25 Fr. pro Monat. Für Familien mit 7 und mehr Köpfen wird das Monatseinkommen auf 40 Fr. pro Kopf in der 1., 35 Fr. in der 2. Und 30 Fr. in der 3. Kategorie berechnet.

Dem Berechnungsmodus sind die Ansätze des Kantons Bern zugrunde gelegt, die als die weitestgehenden gelten. Das verhindert allerdings nicht, zu konstatieren, dass die Ansätze nicht weitgehend genug sind, und die Behörden wenigstens veranlasst werden müssen, sich nicht an den Buchstaben zu klammern, sondern weitherziges Entgegenkommen zu zeigen. Bei passender Gelegenheit wird zudem der Versuch gemacht werden müssen, die Ansätze zu erhöhen, insbesondere, wenn die Teuerung noch weitere Fortschritte macht, was leider als sicher anzunehmen ist.

Der Bundesrat rechnet damit, dass die Vergünstigung der Milchpreise 25 Prozent der Bevölkerung zugutekommen soll, was einer Ausgabe für die Bundeskasse von 11 Millionen Franken entsprechen würde. In Anbetracht der neunstelligen Zahlen, an die man sich für die Mobilisationskosten gewöhnt hat, braucht man darob nicht zu erschrecken.

Auch die Brotfrage ist wieder sehr aktuell. Dabei spielt nicht nur die Höhe des Preises eine Rolle, obschon auch diese ganz bedenklich ist, sondern noch viel mehr die andere Frage: Werden wir immer genug Brot zu essen haben? Um unsere Ernährung ist es in der Tat schlecht bestellt. Die Kartoffeln sind längst aufgegessen, die Milch ist bedeutend im Preise gestiegen, das Fleisch und das Fett sind unerschwinglich teuer geworden, die Eier desgleichen, und was etwa noch auf den Markt kommt, wird zusammengehamstert. Bis neues Gemüse, Kartoffeln und Obst auf den Markt kommen, vergehen noch Monate, wobei wir über den Ausfall der nächsten Ernte noch ganz im dunkeln sind. Die Grundlage unserer Ernährung ist trotz des hohen Preises mehr denn je das Brot, daneben Mais, Reis, Haferflocken und vielleicht noch Bohnen. Durch den Unterseebootkrieg und seine Begleiterscheinungen, Schiffsraumnot, teure Fracht, ist auch unsere Zufuhr gefährdet, so dass der Bundesrat ganz ernstlich die Einführung der Brotkarte in Erwägung zieht. Das Tagesquantum würde auf etwa 250 Gramm Mehl bemessen, was einer Brotration von 270 Gramm und einer Mehlereserve für die Küche von 25 Gramm entsprechen würde.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass eine solche Brotration mehr als ausreichend wäre für Leute mit ganz leichter Beschäftigung, für gutsituierte Bürger, die Fleisch, Geflügel, Konserven, Fische und ähnliche wertvolle Nahrungsmittel kaufen können, nicht aber für Arbeiter, die dem Fleischgenuss fast völlig entsagen müssen, deren Kost jetzt schon an der Grenze des für die Erhaltung der Arbeitskraft Zulässigen angelangt ist, die lang und schwer arbeiten müssen, oft nicht einmal ein warmes Mittagessen einnehmen können und darum in der Hauptsache auf Brot angewiesen sind. Eine Reihe von Organisationen, besonders der Eisenbahner, Bau- und Fabrikarbeiter haben bereits gegen die Einführung der Brotkarte in diesem Sinne protestiert. Dem Bundesrat sind die Proteste und die Meinung der Arbeiterschaft zur Einführung der Brotkarte zur Kenntnis gebracht worden. Gibt es wirklich keinen anderen Ausweg mehr als die Brotkarte, so sollen eben einmal die Kreise entbehren lernen, denen es der gespickte Geldsack erlaubt, sich an anderem schadlos zu halten.

Vorläufig sind wir der Meinung, dass es schon noch Mittel gibt, die Rationierung des Brotes auf vielleicht noch schlechtere Zeiten aufzusparen. Der Bundesrat hat einige dieser Mittel genannt. Zunächst eine noch schärfere Ausmahlung des Getreides, schärfere Anwendung der Bestimmung des Verkaufes von frischem Brot (wer Hunger hat, dem schmeckt auch altbackenes ausgezeichnet). Einschränkung des Kleingebäcks, bessere Heranziehung des Inlandgetreides, Verbot der Verfütterung an Vieh usw.

Alle diese Massnahmen sind lästig und für gewisse Interessentenkreise mit Opfern verbunden. Wenn aber damit der Hunger ferngehalten werden kann, gibt es kein Wenn und Aber. Der Krieg kennt nur das eine Muss! Wie lange noch?

Strassenbahner-Zeitung, 1917-05-18.

Strassenbahner-Zeitung >Nahrungsmittelpreise. 1917-05-18.doc